



Wir stellen aus:  
Halle 2.0,  
Stand 136

## **Islamistischer Terror stellt die innere Sicherheit vor neue Bewährungsprobe**

**Deutschland steht vor einer dramatisch veränderten Sicherheitslage. Nachdem die gescheiterten Anschläge auf Flugzeuge in Großbritannien die Bedrohung durch islamistische Fanatiker noch einmal massiv verdeutlicht hatten, ist auch Deutschland nur knapp einem Terrorakt auf zwei Regionalzüge entgangen.**

Es sollte das größte Schreckensszenario seit den Anschlägen auf das World Trade Center werden. Bei geplanten Bombenanschlägen auf Fluglinien zwischen Großbritannien und den USA im August sollten bis zu 3.000 Menschen ums Leben kommen. Die Ge-

heimdienste konnten dies vereiteln. Aber längst sind nicht mehr allein die USA und Großbritannien im Visier islamistischer Terroristen: Auf den Bahnstrecken Köln - Hamm sowie Köln - Koblenz sollten Kofferbomben ebenfalls für Tote und Verletzte sorgen. „Der islamistische Terror hat uns unmittelbar erreicht“, sagt Dr. Peter Frisch, Mitglied im KÖTTER Sicherheitsbeirat und ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. „Wir müssen uns, auch angesichts der kriegerischen Auseinandersetzungen im Nahen Osten, auf eine weiter verschärfte Sicherheitslage einstellen.“ Diese fordert neue Antworten auf Fragen der Sicherheit. Videotech-

nik kommt bei der Überwachung öffentlicher Einrichtungen eine zentrale Rolle zu. Die Aufzeichnungen am Hauptbahnhof Köln lieferten entscheidendes Fahndungsmaterial, mit dessen Hilfe die beiden Terrorverdächtigen in Kiel und im Libanon festgenommen werden konnten. Ermittlungen gegen weitere Verdächtige laufen.

Weiterer Punkt: die Arbeit der Nachrichtendienste, um Terrorpläne frühzeitig aufzudecken. „Die zentrale Anti-Terror-Datei muss deshalb endlich umgesetzt werden, um den Austausch zwischen den Sicherheitsorganen zu verbessern“, betont Dr. Frisch.

# „Bei der Aufklärung terroristischer Aktivitäten dürfen wir uns keine Reibungsverluste leisten“

**Mit den gescheiterten Anschlägen auf die Bahn und der Festnahme der aus dem Libanon stammenden Tatverdächtigen ist die islamistische Terrorbedrohung nun auch für Deutschland akut geworden. Gibt es jetzt ein Klima der Angst?**

Frisch: Das müssen wir unbedingt verhindern, denn damit hätten die Terroristen ein Hauptziel erreicht. Sie wollen, dass wir massiv verunsichert werden und sie fürchten. Wir dürfen aber – und brauchen auch – keine Angst zu haben. Vielmehr müssen wir die Gefahren erkennen, sie richtig einschätzen und uns mit geeigneten Maßnahmen dagegen wappnen.

**Welche Gefahren drohen aktuell und künftig?**

Frisch: Die Sicherheitslage in Deutschland hat sich durch die aktuellen Ereignisse massiv verschärft. Wir müssen damit rechnen, dass islamistische Terroristen für die Zukunft weitere Anschläge planen. Das Aufdecken entsprechender Pläne stellt die Sicherheitsbehörden vor eine riesige Herausforderung. Denn ebenso wie die Attentäter des 11. September 2001 bewegte sich z. B. auch der jetzt in Kiel gefasste Verdächtige im Alltag völlig unauffällig. Zudem schotteten sich die islamistischen Kreise massiv ab.

**Was wurde bereits an Sicherheitsmaßnahmen eingeleitet und welche Maßnahmen sind noch erforderlich?**

Frisch: Als Folge der Terroran-

schläge in den USA, in Afrika, Asien, im Nahen Osten und jetzt in Europa wurden auch bei uns eine Vielzahl von Maßnahmen beschlossen. Das Verbot extremistischer Religionsgemeinschaften wurde erleichtert, das Strafgesetz wurde durch den neuen § 129b StGB verschärft. Dieser erlaubt die Strafverfolgung von Anhängern ausländischer Terrorgruppen; früher konnten nur Mitglieder terroristischer Gruppen im Inland belangt werden. Die Kompetenzen von Bundeskriminalamt (BKA) und Verfassungsschutz (BfV) wurden erweitert. Das BKA kann gegen terrorverdächtige Personen selbst ermitteln und braucht nicht mehr zuerst die Landespolizei einzuschalten. Das BfV darf Auskünfte über Fluggäste, Postsendungen und Handy-Verbindungen einholen sowie bei Geldinstituten Informationen über verdächtige Geldströme abfragen.

**... Reicht das aus? Geplant sind bereits eine Ausweitung der Videoüberwachung und eine neue Anti-Terror-Datei ...**

Frisch: Damit haben Sie bereits zwei zentrale Aspekte angesprochen. Der Videotechnik kommt bei der Überwachung öffentlicher Einrichtungen wie Bahnhöfen eine zentrale Rolle zu. Immerhin waren die Aufzeichnungen am Hauptbahnhof Köln ein entscheidendes Instrument, das zur Festnahme der beiden Terrorverdächtigen führte. Zudem dient diese Technik, die von stichprobenartigen Kofferkontrollen z. B. an Bahnhöfen flankiert werden sollte, der Abschreckung potenzieller Täter. Durch die so genannte Anti-Terror-Datei sollen Polizei

und Geheimdienste künftig in erheblich erweitertem Umfang eine gemeinsame Datei nutzen können. Damit sollen ein besserer Informationsaustausch ermöglicht und Reibungsverluste vermieden werden, die wir uns im Kampf gegen den Terrorismus nicht erlauben dürfen. Deshalb darf es auch nicht sein, dass eine Behörde nicht über wichtige Erkenntnisse anderer Sicherheitsorgane informiert ist. Überhaupt spielt die Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane im In- und Ausland eine zentrale Rolle. Hier müssen wir gerade auf der europäischen Ebene für eine noch bessere Kooperation sorgen. Nicht zuletzt haben die geplanten Anschläge in Großbritannien, die von den Geheimdiensten aufgedeckt wurden, gezeigt, dass hier ein wesentlicher Schlüssel im Kampf gegen den Terrorismus liegt.

**Welche Rolle spielen private Dienstleister?**

Frisch: Beim Ausbau der Sicherheit können private Dienstleister wichtige Unterstützung leisten. Beispiele sind die Fluggast- und Gepäckkontrollen, die KÖTTER Aviation Security an den Flughäfen Düsseldorf und Leipzig leistet. Darüber hinaus verfügen die Unternehmen über umfangreiche Erfahrungen beim Objektschutz, von denen die öffentliche Hand ebenfalls profitiert. Weiterer wichtiger



Faktor: die Entlastung der staatlichen Sicherheitsorgane. Nicht jeder, der eine öffentliche Einrichtung beschützt, muss Polizist sein. So sollen sich die Beamten stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Dabei geht es nicht allein um terroristische Bedrohungen, sondern auch andere Bereiche, etwa Wirtschaftskriminalität.

### **Wir müssen insgesamt also unsere freiheitliche Grundordnung weiter einschränken?**

**Frisch:** Entscheidend für das erfolgreiche Vorgehen gegen terroristische Organisationen ist, dass wir kühlen Kopf bewahren. Wir müssen alles Erforderliche tun, dürfen aber nicht in blinden Aktionismus verfallen. Gerade darauf zielen die islamistischen Fanatiker ab – die freiheitliche Grundordnung immer weiter einzuschränken. Eines müssen wir uns bewusst machen: Eine hundertprozentige Sicherheit kann es nicht geben.

### **Die Islamisten agieren aber nicht allein durch Gewalttaten. Hier gibt es auch noch eine politische Ebene.**

**Frisch:** Richtig. Soweit der Islamismus nicht zur Gewalt greift oder greifen kann, versucht er sein Ziel, die Weltherrschaft des Islam, durch gewaltloses Einwirken auf Menschen zu erreichen. Er agiert dann politisch. Gerade dieses gewaltlose politische Handeln wird in seiner Bedeutung und in seiner Wirkung sträflich vernachlässigt.

### **Wie sieht dieser politisch handelnde Islamismus aus?**

**Frisch:** Die Islamisten greifen zur bewährten Waffe der Politik, der Agitation. Sie lehnen die Konvention der Menschenrechte ab, speziell die rechtliche Gleichheit zwischen Mann und Frau, hetzen

gegen die Demokratie, bezeichnen die abendländische Kultur als Verhöhnung des Korans und wecken Hass gegen die USA, Israel sowie alle, die mit diesen Staaten freundschaftlich verbunden sind. Daneben bemühen sie sich um den Ausbau ihrer islamistischen Glaubensgemeinschaft. In Moscheen und islamischen Vereinigungen vertreten sie ihre Ziele, bezeichnen die Grundwerte der deutschen Verfassung als Verstoß gegen ihre Grundsätze, verurteilen Kritik an islamischen Sitten als Diskriminierung des Islam und gewinnen immer mehr Anhänger vor allem unter jungen Muslimen.

### **Wer und wie viele sind Isla-**



**Dr. Peter Frisch**

Dr. Peter Frisch ist Mitglied des KÖTTER Sicherheitsbeirates und ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. In dieser Position erlangte er umfassendes Wissen in Fragen der inneren Sicherheit. Schon früh warnte er vor den wachsenden Gefahren des islamistischen Terrorismus. In seinem Schaffen erkannte und vermittelte Dr. Frisch darüber hinaus in erfolgreichen Vorträgen auch die Chancen von Kooperationen zwischen hoheitlich tätigen Sicherheitskräften und privaten Sicherheitsdiensten zur Prävention von Delikten und Wahrung der inneren Sicherheit.

### **misten? Zählen dazu alle, die sich zum Islam bekennen?**

**Frisch:** Keineswegs. Die große Mehrheit der drei Millionen Muslime in Deutschland gehört noch nicht dazu. Sie sind gläubige Vertreter des Islam. Aber mehrere hunderttausend Muslime sind fundamentalistisch eingestellt. Sie wollen den Islam in der ursprünglichen Fassung von Koran und Scharia verwirklicht sehen, haben kein oder zu wenig Verständnis für unseren demokratischen Rechtsstaat, separieren sich von unserer Gesellschaft und leben in Parallelgesellschaften. Islamisten sind diejenigen, die mit Gewalt oder auf dem politischen Weg den fundamentalistischen Islam weltweit zur Herrschaft bringen wollen.

### **Wer gehört zu den Islamisten in Deutschland?**

**Frisch:** Es sind zum Ersten ausgesprochen islamistische Vereinigungen, von denen einige schon verboten wurden. Nach der Feststellung des Verfassungsschutzes gehören ihnen rund 30.000 Mitglieder an – die Zahl der ebenso eingestellten, aber nicht als Mitglieder auftretenden Familienangehörigen dürfte mehr als das Fünffache betragen. Daneben sind nichtorganisierte Niederlassungen arabischer Terrororganisationen unter neutralem Namen mit ca. 2.000 Aktiven tätig. Sie üben keine Gewalt aus, bejubeln aber Terroranschläge und finden Bewerber für den Kampf im Nahen Osten. Schließlich gibt es einige hundert Muslime aus anderen Ländern, die sich als Islamisten verstehen.

### **Wie erfolgt die Unterstützung?**

**Frisch:** Unterstützung findet der politisch handelnde Islamismus in vielen der 2.000 Moscheegemein-

den und der anderen rund 3.000 islamischen Vereinigungen, die fundamentalistischen Anschauungen nahestehen. Dort können Islamisten ihre Propaganda ungehindert verbreiten. Dies fällt auch deshalb häufig auf fruchtbaren Boden, weil viele Muslime hier weiter übliche islamische Sitten und Traditionen unterstützen. Diese zielen nicht auf die weltweite Einführung des Islamismus, sind aber mit den Wertvorstellungen des Grundgesetzes unvereinbar. Beispiel ist die fehlende Gleichberechtigung von Mann und Frau.

### Was ist dagegen zu tun?

**Frisch:** Der politische Islamismus kann durch repressive Maßnahmen beeinträchtigt, aber nicht beseitigt werden. Hier ist die politische Auseinandersetzung gefragt.

### ... Das heißt konkret?

**Frisch:** Die Bürger müssen über die Ziele des Islamismus und die Gegensätze zu unserer Demokratie unterrichtet werden. Das gilt auch für die Muslime selbst, damit sie die Unterschiede zwischen ihrem Islam und dem Islamismus erkennen. Genauso wichtig ist die Aufklärung über die Maßnahmen gegen Gewalttäter. Gerade Muslime sollten erkennen, dass nicht der Islam, sondern der mörderische Islamismus bekämpft wird. Für den entscheidenden Faktor halte ich aber die Integration der Muslime. Aus Mangel an Integration sind die Parallelgesellschaften entstanden, kommt es zur Beibehaltung fundamentalistischer Traditionen.

### Welche Beiträge müssen Deutsche und Muslime leisten?

**Frisch:** Wir müssen die Sitten der Muslime akzeptieren, soweit sie unserer Verfassung entsprechen.

Dies heißt z. B., den Bau von Moscheen zuzulassen. Zudem müssen wir nicht nur für Einbürgerungskurse, sondern generell für eine mehrsprachige politische Bildung sorgen. Die Muslime müssen sich glaubhaft vom Terrorismus distanzieren. Sie sollten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, ihren Kindern nicht verbieten, am Schwimm-, Sexualkunde- und Biologieunterricht teilzunehmen, und ihre Traditionen - z. B. Zwangsheiraten - aufgeben, wenn sie unserer Verfassung widersprechen.

### Fordern Sie eine Leitkultur?

**Frisch:** Nein. Die Säulen des Islam bleiben unberührt. Ich fordere nur die Achtung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Das Interview führte Carsten Gronwald, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, KÖTTER GmbH & Co. KG Verwaltungsdienstleistungen.



### KÖTTER Services in Deutschland

Aachen  
Berlin  
Bielefeld  
Bitterfeld  
Bonn  
Bremen  
Bremerhaven  
Chemnitz  
Cottbus  
Dortmund  
Dresden  
Düsseldorf  
Duisburg  
Erfurt  
Essen  
Euskirchen  
Frankfurt/Main  
Frankfurt/Oder

Freiburg  
Gera  
Hamburg  
Hannover  
Hennigsdorf  
Hoyerswerda  
Hückelhoven  
Ingelheim  
Köln  
Köln/Bonn  
Krefeld  
Langen  
Leipzig  
Magdeburg  
Mannheim  
Mönchengladbach  
München  
Münster

Neubrandenburg  
Nürnberg  
Oberhof  
Paderborn  
Rheda-Wiedenbrück  
Rhede  
Riesa  
Schwedt  
Schwerin  
Stendal  
Stuttgart  
Suhl  
Ulm  
Wilhelmshaven  
Worms  
Wuppertal



**KÖTTER**  
Security

„Wir sind für Sie da.“

**Wilhelm-Beckmann-Straße 7**  
**45307 Essen**

**Hotline: 00 49-2 01/27 88-3 88**

**Hotfax: 00 49-2 01/27 88-4 88**

**E-Mail: info@koetter.de**

**Internet: www.koetter.de**

#### Impressum:

Der **Sicherheitsbrief** wird herausgegeben von der Öffentlichkeitsarbeit der KÖTTER GmbH & Co. KG Verwaltungsdienstleistungen.  
Tel.: 02 01/27 88-1 26, Fax: 02 01/27 88-1 78, E-Mail: carsten.gronwald@koetter.de  
© Die Zeitschrift und alle darin enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die Mitgliedschaft in den aufgeführten Verbänden gilt für Einzelfirmen der KÖTTER Unternehmensgruppe. Bildmaterial: dpa Picture-Alliance GmbH

